

PRESSEMITTEILUNG 108 – 28.05.2026

Kianusch Stender

Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft

Zum Bericht des Landesbeauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus erklärt der Abgeordnete der SPD-Fraktion, Kianusch Stender:

„Zunächst einmal bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion beim Landesbeauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus für seine wichtige Arbeit.

Die heute vorgestellten Zahlen machen in erschreckender Weise deutlich, dass antisemitische Vorfälle weiterhin zum Alltag vieler Jüdinnen und Juden gehören. Auch wenn die Zahl der registrierten Fälle leicht zurückgegangen ist, bleibt das Niveau hoch. Gleichzeitig ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen, weil viele Betroffene Vorfälle aus Angst, Resignation oder mangelndem Vertrauen in Konsequenzen gar nicht erst melden.

Besonders besorgniserregend ist, dass antisemitische Einstellungen zunehmend im Alltag sichtbar werden. Und das nicht nur in Form strafbarer Handlungen, sondern auch durch Relativierungen, Verschwörungserzählungen und israelbezogenem Hass. Antisemitismus zeigt sich oft unterschwellig und wird dadurch leichter verharmlost oder übersehen. Genau dieser schleichenden Normalisierung müssen Politik und Gesellschaft entschieden entgegenzutreten.

Mit großer Sorge sehen wir auch, dass immer häufiger nicht mehr zwischen der Politik der israelischen Regierung und jüdischem Leben in Deutschland unterschieden wird. Kritik an Regierungen und ihren Entscheidungen ist selbstverständlich legitim. Wenn daraus aber Hass auf eine ganze Religionsgemeinschaft wird, ist eine Grenze überschritten.

Gerade gegenüber Jüdinnen und Juden haben wir eine historische Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sie überall in Schleswig-Holstein ohne Angst sichtbar leben können. Dafür braucht es konsequente Strafverfolgung aber auch eine klare gesellschaftliche Haltung gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit.

Antisemitismus richtet sich nie nur gegen Jüdinnen und Juden. Er ist immer auch ein Angriff auf das demokratische und offene Zusammenleben insgesamt.

Als Flensburger Abgeordneter habe ich den antisemitischen Ladenaushang aus dem vergangenen Jahr noch in schmerzlicher Erinnerung. Ein Ladenbesitzer brachte in seinem Schaufenster einen Aushang mit den Worten „Juden haben hier Hausverbot“ an. Dieser abscheuliche Vorfall sorgte international für Schlagzeilen und führte zu Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Derartige Aussagen erinnern in erschreckender Weise an die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte und zeigen, wie enthemmt antisemitische Hetze mittlerweile wieder öffentlich verbreitet wird. Ein solcher Vorfall darf nicht folgenlos bleiben. Deshalb habe auch ich Anzeige bei den zuständigen Behörden erstattet. Prozessbeginn ist am 1. Juni.“